



Kein Englisch, schlechter Lohn

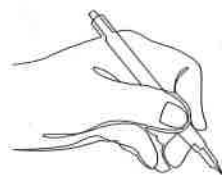
Die Bundesrepublik steht im internationalen Werben um Fachkräfte unter Druck.

Anfang März 2020 trat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft. Die Bundesregierung sendete damit ein eindeutiges Signal: Deutschland begreift sich klar als Einwanderungsland. Vor dem Hintergrund des grassierenden Fachkräftemangels, erhofften sich die politisch Verantwortlichen mit der Gesetzesinitiative einen deutlichen Anstieg beim Zuzug qualifizierter Fachkräfte, der entscheidend für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Landes sein wird. Das Timing war dabei mehr als unglücklich, denn die einsetzende Corona-Pandemie verpasste den Ambitionen einen kräftigen Dämpfer. Aber auch jetzt, wo sich die weltweite Lage entspannt, bleibt der erhoffte Effekt des FEG größtenteils aus.

Deutschland zählt nach wie vor nicht zu den weltweit beliebtesten Fachkräfteeinwanderungsländern. Vielmehr sorgen zahlreiche Hürden und Eigenheiten des hiesigen Systems dafür, dass sich die betroffenen Personen lieber für die skandinavischen Länder, die USA oder Kanada entscheiden.

Beispielsweise werden viele systemrelevante Berufe wie Kranken- oder Intensivpfleger im Ausland zuweilen besser bezahlt. Gerade hier besteht aber ein dringender Fachkräftebedarf,

Axel Boysen ist Arbeitsrechtler und Partner in der Kanzlei Fragomen Global LLP in Frankfurt am Main.



der aufgrund der alternden Bevölkerung noch ansteigen wird.

Während man in Deutschland bislang lediglich eine höhere Vergütung ankündigte, machen andere Staaten hier längst Nägel mit Köpfen. Als internationaler Spitzenreiter zahlte beispielsweise Luxemburg Krankenpflegern 2018 laut einer OECD-Studie durchschnittlich 114.064 Euro im Jahr. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Belgien (89.445 Euro) und die USA (77.670 Dollar). Hierzulande belief sich das Durchschnittsgehalt einer Pflegekraft auf lediglich 42.000 Euro.

Eine weitere Hürde für zuwanderungswillige Fachkräfte stellt das duale Ausbildungssystem dar. In der Praxis führt es immer wieder zu Anerkennungsproblemen von Abschlüssen. Dabei muss berufserfahrenen Arbeitnehmern der Weg in den deutschen Arbeitsmarkt leichter und unbürokratischer geebnet werden, ohne dass man auf einen Nachweis über einen dualen Berufsabschluss pocht. Bisweilen erweckt die öffentliche Debatte den Eindruck, dass der sprichwörtliche Berg zum Propheten kommen soll, obwohl jetzt pragmatische Lösungen gefragt sind.

Selbstverständlich rühmt man sich in Deutschland zu Recht damit, dass Arbeit made in Germany stets mit einem hohen Qualitätsanspruch einhergeht. Diesen sollte man auch nicht verlieren. Deshalb bedarf es Standards, um ausländische Berufsabschlüsse mit ihrem deutschen Pendant vergleichbar zu machen und so keine Talente zu verlieren.

„Fehlende Anerkennung ausländischer Abschlüsse verkompliziert Arbeitsmigration.“

Fest steht: Deutschland muss in den kommenden Jahrzehnten zu einem attraktiven Einwanderungsland werden, will es weiterhin zu den international größten Weltwirtschaften gehören. Das FEG war dafür das richtige Zeichen und sorgt für deutlich verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen. Nun muss parallel an den politischen Stellschrauben gedreht werden, um eine international wahrnehmbare Willkommenskultur auszustrahlen. Ein mehr als symbolträchtiger Schritt in diese Richtung wäre auch die aktuell diskutierte Einführung von Englisch als weiterer Verwaltungssprache. Dies würde Behördengänge eingewandelter Fachkräfte erheblich vereinfachen und die Botschaft unterstreichen, dass sich Deutschland zu einer weltoffenen Einwanderungskultur bekennt. <<